

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangobahn-Lohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Ankündigungen müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Beitzelle kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 4.

Sonntag, den 27. Januar.

1907.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## Gewerkschaftsinteressen im Wahlkampf.

Die Reichstagswahl ist für die deutschen Gewerkschaften, mehr noch als manche vorhergegangene, besonders aber die im Jahre 1903 stattgefundenen, von ganz außerordentlicher Bedeutung. Vor dreieinhalb Jahren war das schmachvolle Ende der am 20. November 1899 verhängten Zuchtstrafe allerseits noch so lebhaft in Erinnerung, daß ein besonderes gesetzgeberisches Vorgehen gegen die Gewerkschaften und ihre Kulturarbeit vorläufig als ausgeschlossen gelten mußte. Wohl fehlte es nicht an Zeichen des andauernden Zuchtstrafes. Zahlreiche Massenurteile zum Schutze streifbührender Unternehmerrünstlinge, auf Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter gerichtete Polizeimaßnahmen und flagrante Gesetzesverletzungen einschließende Gewaltakte des Unternehmertums redeten eine deutliche Sprache. Außerdem dauerte damals die wirtschaftliche Krise noch an, und in nahe Entfernung gerückt erschienen die unausbleiblichen Folgen des eben erst durchgepeitschten Hungertarifs.

Indessen sind nun diese Schatten vorläufig etwas verdrängt durch den gegenwärtig verhältnismäßig günstigen Stand unserer Produktionsverhältnisse, und die Gewerkschaften mit ihren über einundeneinhalb Millionen Mitgliedern und fortgesetzt besetzten inneren Einrichtungen

Trotzdem sind die Zeichen der Zeit sehr ernst. Erhöhte, auf die breiten Schichten des Volkes gewälzte Steuerlasten infolge einer volksfeindlichen, unsinnigen Kolonial- und Flottenpolitik, künstliche Steigerung der Lebensmittelpreise als Folge einer einseitigen agrarischen Interessenpolitik, völliger Stillstand jeglicher Sozialreform, weil die Arbeiter am Zuckerbrot keinen Gefallen finden, solange daneben zugleich die Peitsche mit verabreicht wird, offensichtliche Parteinarbeit öffentlicher Gewalten für die Arbeitgeberinteressen bei wirtschaftlichen Kämpfen und Organisationsbestrebungen, die Mißachtung des Volkswillens seitens unserer Regierung, wie dies durch die völlige Gleichgültigkeit gegen eine ganze Anzahl Beschlüsse des Reichstags zugunsten eines erhöhten Arbeiterschutzes deutlich bemerkbar geworden ist, legen den Gewerkschaften große Schwierigkeiten in den Weg.

Aber alle diese Zeichen herrschender Reaktion, der sich neuerdings die bürgerlichen Parteien sogar mit Einschluß der Freisinnigen, die auch heute noch heuchlerisch vorgeben, Gewerkschaftsinteressen vertreten zu wollen, blindlings in die Arme geworfen haben, sind nur Symptome des wirklich herrschenden, aber zumeist im verborgenen schleichenden, alle Gerechtigkeit unterminierenden arbeitfeindlichen Regierungskurses, der ganz besonders den Gewerkschaften äußerst gefährlich wird. Dieselbe Regierung, die so mutig dem Arbeiter die Zähne zu zeigen weiß, kennt keine Grenzen der Liebedienerei vor den Scharfmachern im Lager der Industriellen und Zünftler. Man meidet ängstlich jede Berührung mit den Organisationen der Arbeiter, durchstöbert aber in den Regierungsbureaus mit größtem Eifer die Presse der Arbeitgeber, um sie getreulich kopieren zu können, und während man Arbeiterkongresse prinzipiell nicht besucht, brillieren auf den Zusammenkünften der Arbeitgeber die höchsten Regierungsbeamten als aufmerksame Sachwalter der Arbeitgeberinteressen.

Dieser Freundschaftsbund zwischen Regierung und Ausbeutertum als Schutzwall gegen die Kolonisationsarbeit der Gewerkschaften im Interesse wirklicher Volkswohlfahrt und des kulturellen Fortschrittes ist u. a. in der letzten Zeit so recht in Erscheinung getreten bei der Vorbereitung der berüchtigten Gesetzesvorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die auch den neu zu wählenden Reichstag wiederum beschäftigen wird.

Während die bürgerlichen Sozialpolitiker einschließlich der sogenannten nationalen und Kirch-Dunderschen Gewerkschaften von den zu erwartenden Segnungen des in Aussicht stehenden Gesetzes träumten, wie kleine Kinder vor den Weihnachtstagen, kartete die Reichsregierung im geheimen mit den Organen des Unternehmertums eine Vorlage ab, die nicht auf Förderung, sondern auf die Vernichtung der Gewerkschaften gerichtet ist, sofern sie nicht Schutzgruppen des Unternehmertums, Streifbühnerorganisationen sind. Folgende kurze Darstellung mag dies beweisen.

Im Herbst des Jahres 1905 schrieb die berüchtigte Arbeitgeber-Zeitung anlässlich der Streiks des Jahres 1904 in einem Artikel gegen den Optimismus der Kathedersozialisten unter anderem:

„... Mit obligatorischen Schiedsgerichten und Einmischung von Einigungsämtern tut man dem Wirken und Trachten der Legien und Konsorten keinen Abbruch. Die einzige Handhabe zu einer Durchkreuzung ihrer Projekte würde die Einführung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine bilden, sofern dadurch die Gewerkschaftsführer persönlich für den von ihnen in Gestalt von frivolen Störungen des Arbeitsfriedens angerichteten Schaden verantwortlich gemacht werden.“ Man zeterete dann recht beweglich über „die Einsichtslosigkeit der jetzigen Reichstagsmehrheit in sozialpolitischen Dingen“, nannte den Reichstag ein „Arbeiterklassenparlament“, gelobte aber schließlich, sich zunächst auf die eigene Kraft verlassen zu wollen, „anstatt das Heil in der Flucht an die Gesetzgebung zu suchen, es sei denn, daß uns speziell in bezug auf das geplante Gesetz, betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, genügende Garantien für eine ausreichende Berücksichtigung unserer allzu berechtigten Bedenken geboten werden.“

Diese ahnungsvollen Herren Unternehmer waren also damals schon recht zuberächtig gestimmt; mußten sie doch längst, daß das Gesetz ganz anders aussehen würde, als die liberalen Illusionisten erträumten.

Einige Zeit danach machte die edle Arbeitgeberzeitung den Vorschlag, außer der finanziellen Gastbarkeit der Gewerkschaftsführer auch wieder den berüchtigten Zuchtstrafparagraphen aus der Zuchtstrafvorlage unseligen Andenkens aufzunehmen. Die Regierung gehorchte denn auch gehorfsam diesem Wink, nahm den Paragraphen fast wörtlich in die Vorlage auf, nur daß als Strafe nicht, wie es das Scharfmacherorgan wünschte, in Analogie mit Hoch- und Landesverrat, „mehrjährige Freiheitsstrafe“, sondern die Entziehung der Rechtsfähigkeit und die Beschlagnahme des Gewerkschaftsvermögens in Aussicht gestellt wurden.

Wie sehr aber das Unternehmertum unterrichtet war, daß das Berufsvereinsgesetz ein Schlag gegen die Gewerkschaften sein werde, und daß der als so außerordentlich sozialpolitisch sich gebende Graf Posadowsky in diesem Sinne für die Ausbeutungsfreiheit des Arbeitgebertums Schulter an Schulter mit diesem wirke, verriet die Hamburger Nachrichten im Juli 1906 in einem Artikel über das damals auftauchende Gerücht vom Rücktritt des Grafen Posadowsky, nachdem sie die sozialpolitischen Gesetze verdammt und an ihnen Kritik geübt hatten, durch folgende Bemerkungen:

„Trotz alledem wünschen wir nicht den Rücktritt des Grafen Posadowsky. Und zwar aus Gründen der Gerechtigkeit. Es ist undenkbar, daß ein Staatsmann von solchem Ernste eine verderbliche Entwicklung, wie wir sie jedoch angedeutet haben, auf die Dauer für erträglich hielt. Ein neues Sozialistengesetz — darüber täuscht sich niemand — ist auf absehbare Zeit leider nicht zu erwarten. Aber die Abwehr gegen die sozialdemokratische Flut kann in den sozialpolitischen Gesetzen selbst angebracht werden. Die nächste Gelegenheit dazu bietet sich in der Vorlage über die Berufsvereine und in der durchgreifenden Reform der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung, insbesondere der Arbeiterversicherung.“

Es wäre grausam ungerecht, wollte man dem Grafen Posadowsky diese Gelegenheit, so günstig, wie er noch keine gehabt hat, seiner Pflicht gegenüber der sozialdemokratischen Gefahr zu genügen, versagen. Gern geben wir uns der Hoffnung hin, daß er sie mit fester Hand ergreift und daß damit sein Bild als Staatsmann noch zu guter Letzt eine erfreuliche Ergänzung erhält.“

Posadowsky hat dem Scharfmacherblatt den Gefallen erwiesen, zu guter Letzt sein Bild in seinem Sinne zu ergänzen. Er hat eine Vorlage geschaffen, so reaktionär und gewerkschaftsfeindlich, daß er das Lob des Hamburger Scharfmacherblattes vollauf verdient. Die Arbeiter freilich denken entgegengesetzt. Sie sehen mit Ingrimm, wie selbst noch bisher einigermaßen fortschrittlich denkende Staatsmänner ihr Handeln von den Interessen der Arbeitgeber abhängig machen. Daß trotzdem die Arbeitgeberzeitung mit dem Anebelgesetzentwurf noch lange nicht einverstanden ist und von ihm in einer ihrer letzten Nummern als einer „kläglichen Belanglosigkeit“, von einem „Meisterstück moderner Staatskunst“ spricht, das anstatt „die Erfüllung heißer Wünsche“ „nur eine Attrappe“ darstelle, das zeigt, daß das Unternehmertum noch ganz andere Attentate gegen die Gewerkschaften ausgeführt wissen will, als der erwähnte Gesetzentwurf eins ist. Und da wir gesehen haben, wie der gegenwärtigen Regierung die Wünsche des Unternehmertums Befehle, die Arbeiter ihr aber nicht Subjekt, sondern nur Objekt der Gesetzgebung sein dürfen, ist der ganze Widerstand der Arbeiter erfor-

derlich, sollen die Gewerkschaften in Zukunft nicht unfähigen Gefahren entgegengehen.

Sämtliche bürgerlichen Parteien haben sich jetzt zusammengeschlossen als Förderer der reaktionären Kolonialpolitik, sie werden auch zusammenstehen, wenn es gilt, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu menseln. Der einzige Hort für wirkliche Arbeiterinteressen und den Bestand der Gewerkschaften ist die Sozialdemokratie.

Daß endlich die Bahn frei werde zu einer Anerkennung der Arbeiterinteressen, daß Regierung, Unternehmertum und bürgerliche Parteien aller Schattierungen zurückschrecken vor weiteren Gewaltstreichern gegen die Organisationen der Arbeiter, dafür zu sorgen ist die Pflicht jedes gewerkschaftlich organisierten Arbeiters.

## Regierung und Gewerkschaften.

Der Reichskanzler hat bekanntlich in seinem Schreiben an den Vorsitzenden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie betont, daß es keinen Staat gebe, der mehr für die Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hat, als das Deutsche Reich. Er sprach dann mit Bedauern aus, daß noch viele Millionen Arbeiter bewußt oder als Mitläufer zu einer Partei halten, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will. Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ benutzt die Ausführungen Willows zu folgenden Betrachtungen:

„Wir haben vor einigen Wochen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aufgefordert, für die Wahl von Sozialdemokraten einzutreten. Wir taten dies in dem vollen Bewußtsein, daß sich die organisierte Arbeiterschaft damit in einen schroffen Gegensatz zur Regierung stellt und daß die gesamte Arbeiterschaft nicht säumen wird, unsere Gewerkschaften als sozialdemokratische zu denunzieren. Das hat sie aber auch schon früher getan, als wir die neutrale Stellung unserer Organisationen vor aller Öffentlichkeit vertreten und selbst dann, als eben dieser Stellung wegen die Gewerkschaften aus sozialdemokratischen Kreisen scharf angegriffen wurden. Wir mögen uns zur Sozialdemokratie stellen wie wir wollen, wir sind und bleiben deshalb doch die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, nicht bloß weil die meisten unserer Mitglieder Sozialdemokraten sind, sondern weil unsere Organisationen kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne fordern und solche zu erkämpfen wissen, weil sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, anstatt dem Trugbild einer Interessen-Harmonie von Unternehmern und Arbeitern nachzugehen. In gleichem Sinne wurde ja auch schon christliche Gewerkschaften als „sozialdemokratische“ bezeichnet, die zwar den Klassenkampf in der Theorie schmähen, aber um seine Praxis nicht herumkommen. Sei es also drum. Wir werden den Haß der politischen Gegner der Sozialdemokratie noch zu ertragen wissen, und wenn einige sozialpolitische Freunde der Gewerkschaften den letzteren die Freundschaft in aller Form ankündigen, so wird das auch noch zu verschmerzen sein. Was aber den Gegensatz zur Regierung anbelangt, so hat gerade die arbeitfeindliche Politik der Regierung am meisten dazu beigetragen, die Arbeiter ins sozialdemokratische Lager hineinzutreiben. Die Politik der Lebensmittelverteuerung, der Verkümmern der Volksrechte, der Klassenjustiz und der Volksverdummung hat der Sozialdemokratie Millionen von Stimmen zugeführt; sie ist es auch, die die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft um ihrer Selbsterhaltung willen zwingt, Gegner dieser Regierung zu wählen. Eine Regierung, die ein Anti-Gewerkschaftsgesetz nach russischem Muster dem Reichstage vorlegen konnte, dazu bestimmt, die Gewerkschaften im Paragrafenkampfe mit Behörden und Gerichten aufzureiben, — eine solche Regierung kann von der Arbeiterschaft kein Vertrauen fordern!“

Die Regierung hat es ihrer einsichtslosen Politik selbst zuzuschreiben, wenn die Arbeiter immer mehr das Vertrauen zu ihr verlieren. Eine Regierung, die man immer im Verdacht haben muß, daß sie die Arbeiterschaft mit einem neuen Ausnahmegesetz regaliert, wird nie und nimmer die Arbeiter hinter sich haben.

## Der Tabak soll und muss mehr „bluten“.

Es ist unglaublich, aber wahr, daß bald wieder die Tabakbesteuerung das deutsche Volk in neue Aufregung stürzen wird. Der Etat für 1907 weist bereits wieder ein Defizit auf, obgleich der aufgelöste Reichstag im vorigen Jahre ca. 200 Millionen Mark neuer Steuern bewilligt hat. Dazu sind neue Flottenforderungen bereits offiziell angekündigt, die natürlich noch ungenannt, aber große Summen erforderlich werden. Daher ist man im Reichsschatzamt schon wieder eifrig auf der Suche nach der neuen Reichstags wird sehr bald neue Attentate auf die Taschen des Volkes machen.

Daß dabei der Tabak als steuermüdiges Objekt von manchen Seiten neue Angriffe zu befürchten hat, das ergeben



In solchen Fällen keinerlei neue Bücher ausgestellt werden, wenn nicht vom Vorstand Anweisung erfolgt ist.

Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Ansbach: Franz Köhler als 1. Bev., Leonhard Klaus als 2. Bev., August Karl als 3. Bev.; Aug. Mangold, Karl Klein...

Laut Beschluß des Vorstandes werden vom 1. Januar 1907 ab allwöchentlich die Zahlstellen bekannt gegeben, welche Wert...

Es erhielten vom 14. 1. bis 19. 1. 07 folgende Zahlstellen Wertzeichen: 14. 1. 07. Erfurt. Marken Kl. I 200, Kl. II 400, Kl. III 100...

Otto Bernstein aus Döbeln, Hildegard Todampel aus Pirna. (267) Ludwig Böhm aus Döbeln, Friedr. Rau aus Zugbrunnheim. (257) Frau Scharnow aus Wriezen a. O. (92) Eugen Werner aus Berlin. (360) Friedr. Wippermann aus Sunnebrock, Hermann Niemeyer aus...

Bremen. Der Vorstand. Adressenänderung: Für Dobrilugk: Alle Zuschriften sind an E. Jensch, Zigarren...

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt: Für Cottbus: Bei Wilh. Stiller, Wallstr. 23. Vormittags von 9-11 Uhr...

Mitgliederversammlungen. (Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!) In Durlach: Sonnabend, den 26. Januar, abends 7 Uhr...

Table with 3 columns: No., Name, Amount. Includes entries for 14. Jan. Bischofswerda, 14. Altona a. E., 14. Groß-Steinheim, etc.

Die Bevollmächtigten werden ersucht, die Abrechnung des IV. Quartals sowie alle überflüssigen Gelder umgehend an mich einzuliefern...

Provisorisch aufgenommen sind:

Albert Krumm aus Wasepi St. J. 6. Staaten Mich Nordamerika, Otto Haake aus Salkau Fr. Brandenburg, Wilhelm Stobit aus...

Duisburg. Die Kollegen und Kolleginnen werden nochmals daran erinnert, daß alle Kranken- und Arbeitslosenmeldungen binnen 24 Stunden nur an Heinrich Regel...

Skeboe. Unser Verkehrslokal befindet sich nur bei Franz Leicht in der Reichenstraße.

Langwedel (Bezirk Bremen.) Die Bevollmächtigten werden gebeten, in deren Bereich sich das Mitglied Johann Sprickmann aus (Holland) befindet, mir sofort seine Adresse mitzuteilen.

Leipzig. Alle Kranken- und Arbeitslosenmeldungen sind binnen 24 Stunden nur an Richard Hoffmann, E.-Neustadt, Hedwigstr. 20, IV. r. zu richten.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Beisitzers: Hamburg-Altenhof, Meyerstr. 5, I. Ausschuss: D. Schow, Brandenburg a. S., kurze Straße 8, Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Antelmstr. 10. Eingegangen: Würzburg 100 Mk., Rohrbach 75 Mk., Spener 60 Mk., Bülstein 50 Mk. Sterbefälle: Ohlau: 105 Mk., Würzburg 19.09 Mk., Spener 22.35 Mk., Barmbed 84.18 Mk., Halle 17.54 Mk. Zuschüsse: Ohlau 155 Mk., Liegnitz 50 Mk., Rügheim 50 Mk., Braunschweig 100 Mk. Kranken- und Sterbegeb. 107.15 Mk. Hamburg, den 21. Januar 1907. J. Otto.

